



Presseerklärung des Sicherheitsrats zu Kolumbien

NEW YORK, 17. April 2023 ±Die Mitglieder des

gültigen Friedensabkommen in dem von der Regierung vorgeschlagenen Nationalen Entwicklungsplan. Sie sehen mit Interesse weiteren Fortschritten entgegen, unter anderem bei der Überwindung der Herausforderungen ins~~zu~~ Zusammenhang mit dem Zugang zu Grund und Boden, der Sicherheit und der sozioökonomischen Wiedereingliederung ehemaliger Kombattantinnen und Kombattanten sowie bei der beschleunigten Durchführung der ethnische und geschlechtsspezifische Fragen betreffende~~stir~~ Bestimmungen des Endgültigen Friedensabkommens.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats begrüßten die vom Generalsekretär und seinem Sonderbeauftragten vorgelegten zusätzlichen Informationen über die Durchführung der umfassenden Landreform und der ethnische ~~Endg~~ betreffende Kapitel des Endgültigen Friedensabkommens im Anschluss an die Erweiterung des Mandats der Verifikationsmission der Vereinten Nationen mittels Resolution ~~20~~ 2673 (2023).

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekundeten ihre Besorgnis darüber, dass Bedrohungen und Gewalt gegenüber ehemaligen Kombattantinnen und Kombattanten und sozialen Führungspersonlichkeiten anhalten und die konfliktbezogene Gewalt nach wie vor unverhältnismäßig starke Auswirkungen auf Frauen sowie auf indigene und afrokolumbianische Gemeinschaften hat. Sie betonten, dass die integrierte Präsenz des Staates in den vom Konflikt betroffenen Gebieten verstärkt werden muss, und forderten die weitere Umsetzung des Aktionsplans des Umfassenden Programms für Garantien für Frauen in Führungspositionen und Menschenrechtsverteidigerinnen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats würdigten die Anstrengungen der Regierung, die Reichweite des Friedens in Kolumbien durch Dialog und die umfassende~~Den~~ Durchführung des Endgültigen Friedensabkommens zu erhöhen. Sie ermutigten zu weiteren Fortschritten bei der Sicherung von Waffenruhen, um das Leid der Zivilbevölkerung zu lindern, auch im Verlauf der nächsten Gesprächsrunde zwischen der Regierung und~~der~~ der nationalen Befreiung (ELN). In diesem Kontext nahmen sie davon Kenntnis, dass der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs die Gespräche begleitet. Sie nahmen Kenntnis von dem Schreiben von Außenminister Leyva vom 15. Februar, in dem dieser dar~~un~~suchte, das Mandat der Verifikationsmission der Vereinten Nationen so zu erweitern, dass es die Unterstützung der Gespräche der Regierung mit verschiedenen Gruppen, insbesondere bei der Verifikation von Waffenruhen, umfasst, und sie erwarteten mit ~~Is~~ Interesse, dass der Generalsekretär diesbezügliche Optionen und Empfehlungen vorlegt.



